

Hilfsangebote für Familien bleiben in Thüringen oft ungenutzt

Erfurt. Warum Thüringens Sozialverbände von einem bürokratischen Dschungel sprechen und auf eine Kinder-Grundsicherung setzen.

Thüringens Sozialverbände fordern für Familien einen niedrigschwelligen und transparenten Zugang zu Unterstützungsmöglichkeiten. Dies sei ein Schluss aus den Erfahrungen der zurückliegenden Lockdowns. Das betreffe sowohl die finanziellen Hilfen von Bund und Land als auch Beratungsangebote.

So seien viele Familien, die es dringend nötig hätten, für die Schuldnerberatung nicht erreichbar gewesen, so die Vorstandsvorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft, Anja Wolf. Durch Kurzarbeit und weggebrochener Nebenjobs sei die finanzielle Belastung häufig gewachsen, während Gläubiger nicht selten den Druck erhöhten, erklärte sie beim Fachtag der Liga Thüringen. Sie nahm die diesjährige Aktionswoche der Schuldnerberatung die Situation von Familien in der Pandemie in den besonderen Blick.

Hilfsangebote und Förderungen kaum zu durchblicken

Ein wunder Punkt sei auch der unklare Zugang zur Notbetreuung gewesen, wenn zum Beispiel ein Elternteil noch mit einem Kleinkind zu Hause war, beschreibt die Vorsitzende des Verbandes kinderreicher Familien, Katrin Konrad, eine Erfahrung. Oft lag die Entscheidung im Ermessen von Kita-Leitungen und habe Eltern in Erklärungsdruck gebracht. Die Politik müsse künftig bei solchen Entscheidungen auch Familienverbände ins Boot holen.

Die Familien bräuchten jetzt dringend Hilfen, um nach der monatelangen Anspannung wieder Luft holen zu können. Aber die sind oft kaum zu durchblicken. Die Akteure beklagten den bürokratischen Dschungel von Hilfsangeboten und Förderungen, die für Familien kaum zu durchschauen seien und durch Corona noch undurchsichtiger geworden ist. Ein Grund auch, weshalb gesetzliche Ansprüche oft nicht abgerufen werden. Um den Zugang zu erleichtern, schlug die Expertenrunde eine Aufrüstung der geplanten Thüringer Familien-App mit solchen Informationen vor. Die Pandemie habe aber auch gezeigt, wie überfällig eine eigenständige Grundsicherung für Kinder ist.